

Beschluss des Schleswig-Holstein-Rates am 03. Februar 2013

Gegen die linke Wende in der schleswig-holsteinischen Bildungspolitik – Für den Schulfrieden und ein besseres Schulsystem

Seit Mitte 2012 regiert in Schleswig-Holstein eine neue Landesregierung und vollzieht einen radikalen Linksruck in der Bildungspolitik. Eine der ersten Ankündigungen der Ministerin Prof. Dr. Waltraud „Wara“ Wende über die Abschaffung der Noten nachzudenken, deutete bereits kommende Vorschläge an. Mittlerweile steht fest, dass Schleswig-Holstein, wie unter keiner anderen Landesregierung in der Geschichte des Landes, auf dem Weg zu einer Einheitsschule ist. Das Gymnasium, insbesondere die gymnasiale Oberstufe, ist in ihrem Bestehen gefährdet und die angekündigte Einführung des Sekundarlehrers/Einheitslehrers macht deutlich, dass auch in der Lehrerausbildung vollendete Tatsachen in dieser Wahlperiode geschaffen werden sollen. Die Junge Union Schleswig-Holstein bezieht mit diesem Papier Stellung zu den Vorschlägen der Dänenampel in der Bildungspolitik.

Mit Kontinuität und politischem Wille Bildung verbessern

Die Verbesserung des Bildungssystems kann nur durch Strukturen erreicht werden, die den Akteuren in der schleswig-holsteinischen Bildungslandschaft Verlässlichkeit und Vertrauen geben. Kontinuität in der Bildungspolitik ist das Stichwort, das zu einer besseren Bildung in Schleswig-Holstein führt. Die CDU hat daher zu Beginn dieser Legislaturperiode zu Recht einen erneuten Versuch gestartet über alle Parteigrenzen hinweg einen Schulfrieden über die Bildungspolitik herzustellen. Andere Bundesländer machen es vor, dass ein Schulfrieden dazu beitragen kann, die Bildungspolitik in einem Bundesland zu entidiologisieren. Leider sind - abgesehen von der FDP - mit Hinweis auf den gestarteten Bildungsdialog die anderen Parteien des Landtags nicht auf das Angebot eingegangen. Die Junge Union wünscht sich, dass alle Parteien in Schleswig-Holstein über ihren Tellerrand springen und einen Schulfrieden bis 2022 über die Struktur der schleswig-holsteinischen Schullandschaft vereinbaren.

Der vorgeschobene Bildungsdialog der rot-grün-blauen Landesregierung hat sich mittlerweile als Scheindialog entpuppt. Obwohl die Reihe der Dialogveranstaltungen noch nicht abgeschlossen ist, verkündet das Bildungsministerium fast im Wochentakt neue Reformen und Veränderungen an der Bildungslandschaft in Schleswig-Holstein. Eine wirkliche Beteiligung sieht anders aus, denn hier werden Maßnahmen bereits beschlossen, bevor eine Beteiligung stattgefunden hat. Das Forum des Bildungsdialogs kann froh sein, wenn es überhaupt zu den gemachten Vorschlägen befragt wird. Ein wesentliches Problem der Veranstaltungsreihe ist, dass nicht eindeutig geregelt ist, in welcher Form und mit welchen Rechten eine Beteiligung der Akteure im Schulleben, wie Lehrer, Eltern oder Schüler überhaupt stattfinden soll. Wer Beteiligung ernst meint sollte andere Strukturen für eine Beteiligung der Akteure schaffen. An erster Stelle ist hier sicher der Landesschulbeirat zu nennen, der schon seit vielen Jahren zu Erlassen und Schulgesetzänderungen befragt wird. Dieses Gremium könnte bei einer ernst gemeinten Beteiligungspolitik der Landesregierung aufgewertet werden. Denkbar wäre zum Beispiel, dass der Landesschulbeirat öffentlich tagt.

Ferner setzt sich die Junge Union Schleswig-Holstein dafür ein, dass die Eigenverantwortlichkeit der Schulen weiter gestärkt wird. Wir wünschen uns Schulen, die nach den Bedürfnissen vor Ort über organisatorische und pädagogische Fragestellungen selber entscheiden. Auch dies ist eine Form der Beteiligung von den Menschen vor Ort. Wir stellen uns gegen Pläne, die die Eigenständigkeit der Schulen untergraben.

Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- einen Schulfrieden in Schleswig-Holstein zwischen allen politischen Parteien, der bis 2022 gültig ist
- ein Ende der Scheindialogpolitik der rot-grünen-blauen Landesregierung
- die Eigenverantwortlichkeit der Schulen möglich zu machen

Klare Strukturen – Klares Bekenntnis zum Gymnasium

Durch die Abschaffung des klassischen dreigliedrigen Schulsystems und nach der Neuverteilung in Regional- und Gemeinschaftsschulen noch neben dem Gymnasium wurde eine Konkurrenzsituation in der schleswig-holsteinischen Bildungslandschaft geschaffen. Dies insbesondere, da Gemeinschaftsschulen auch die Möglichkeit eröffnet wurde, Oberstufe einzurichten. Weiter ist für den Sekundarbereich I ein Unterschied zwischen den Schularten Regionalschule und Gemeinschafts-

62 schule nicht deutlich erkennbar. Die Junge Union fordert daher nach wie vor, dass es neben dem
63 Gymnasium nur eine weitere Schulform geben darf und spricht sich für die Zusammenlegung der
64 Regional- und Gemeinschaftsschulen zu einer „Neuen Gemeinschaftsschule“ aus.

66 Um den Herausforderungen des fortschreitenden demographischen Wandels zu entsprechen,
67 muss die Mindestgröße dieser „Neuen Gemeinschaftsschulen“ auf 240 Schüler herabgesetzt wer-
68 den. Hierdurch bleibt die flächendeckende Schulstruktur erhalten und ermöglicht gleichzeitig auch
69 Schülern sowie Eltern, die ihren Bedürfnissen entsprechende Schulform zu wählen.

71 Die so entstandenen „Neuen Gemeinschaftsschulen“ dürfen in ihrer Art jedoch keinesfalls das
72 Gymnasium in seinem Bestehen gefährden, so setzt sich die Junge Union weiter für den Erhalt der
73 Gymnasien ein, die nach wie vor Regelschulform in der Fläche zum Erreichen des Abiturs sein
74 müssen und fordert die restlose Abschaffung der Oberstufe an der „Neuen Gemeinschaftsschule“.
75 Bei immer weniger Oberstufenschülern gilt es die Oberstufe zu konzentrieren. In der Fläche soll
76 dies über die Gymnasien geschehen. Um jedoch auch Schülern der „Neuen Gemeinschaftsschu-
77 len“ das Erreichen des Abiturs durchgehend zu ermöglichen, müssen die beruflichen Schulen durch
78 massive Stärkung ihrer Oberstufen zu Oberstufenzentren ausgebaut werden. Diese Forderung
79 ruht auf der Erkenntnis, dass Schüler, die erst in der Oberstufe auf ein Gymnasium wechseln, oft
80 vor großen schulischen Problemen stehen, wie Lernrückständen, aber auch vor dem Problem, in
81 einer homogenen Klassengemeinschaft „Fuß“ zu fassen. Durch Errichten neuer Oberstufenzentren
82 an beruflichen Schulen wird den Schülern eine Möglichkeit geboten, diesen Problemen zu begeg-
83 nen und sich von Anfang ihrer Oberstufenzeit an auf ihr Abitur zu konzentrieren.

85 Um die Eigenverantwortung der Schulen weiter zu stärken, fordert die JUSH weiterhin die Ent-
86 scheidungsfreiheit der Gymnasien über G8 und/oder G9 beizubehalten.

88 Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- 89 • die Zusammenlegung der Gemeinschaftsschule und der Regionalschule
- 90 • die Einführung einer Mindestgröße der „Neuen Gemeinschaftsschule“ von 240 Schülern
- 91 • die Abschaffung der Oberstufen an Gemeinschaftsschulen

- Oberstufen an beruflichen Schulen weiter zu stärken und zu Oberstufenzentren auszubauen. Insbesondere sollen Angebote für die Allgemeine Hochschulreife weiter ausgebaut werden
- Gymnasien sollen eine Wahlfreiheit über G8 und/oder G9 erhalten

Für einen Unterricht mit hoher Qualität ohne Stundenausfall

Ganztagsschulen gehören mittlerweile zu einem wesentlichen Bestandteil unserer gegenwärtigen Schullandschaft. So ermöglichen diese eine umfassende und ganzheitliche Ausbildung eines jeden Schülers. Hier erhalten jungen Menschen eine geregelte Tagesstruktur, Betreuung und Förderung, die für die Entwicklung von jedem Einzelnen dringend erforderlich ist. Besonders in sozialen Brennpunkten ist es wichtig für Kinder ein Angebot in den Schulen zu schaffen. Daher sollte dort vor allem der Ausbau verpflichtender Ganztagsschulen vorangetrieben werden, da somit eine sichere Versorgung für Kinder gewährleistet wird. Damit es zu einem Ausbau dieser Ganztagsschulen kommt und die Kommunen mit den damit verbunden hohen Ausgaben nicht zu sehr belastet werden, fordert die JUSH eine 50-prozentige Teilung der Kosten zwischen Land und Kommunen.

Neben der Betreuung gehört zu einer fundierten Ausbildung auch die Gewährleistung der Unterrichtsstunden der Stundentafel. Das Ziel ist daher den Unterrichtsausfall so gering wie möglich zu halten. Zurzeit werden ausgefallene Unterrichtsstunden mit Hilfe des Vertretungsfonds abgefangen, da dieser es ermöglicht, den Ausfall von Lehrkräften flexibel und spontan durch mobile Einsatzkräfte zu gestalten. Damit wird der Unterrichtsausfall wesentlich vermindert. Der Vertretungsfond, der unter der schwarz-gelben Landesregierung auf 24 Mio. Euro aufgestockt wurde, ist jedoch durch die Dänenampel wieder halbiert worden. Damit verschärft die Dänenampel die Situation des Unterrichtsausfalls und lässt die Schüler und Schulen somit alleine zurück. Um dem Unterrichtsausfall weiterhin massiv entgegen wirken zu können, fordert die JUSH daher, beim Vertretungsfond keine Gelder mehr zu streichen.

Doch neben den Rahmenbedingungen für einen einwandfreien Unterricht sind auch die Unterrichtsfächer ein entscheidender Bestandteil eines erfolgreichen Schulsystems. Religion gehört zum Fundament unserer Gesellschaft. Indem die rot-grün-blaue Landesregierung einen konfessionsunabhängigen Unterricht verpflichtend einführen möchte, nimmt sie den Schülern einmal mehr

123 die Freiheit sich selbst zu entscheiden, welchen Religionsunterricht diese wählen möchten. Tole-
124 ranz und Religionsfreiheit haben anscheinend unter dieser Regierung keinen Platz.

125

126 Ein weiterer Eingriff in die individuelle Freiheit der Schüler stellt die Zusammenlegung der Fächer
127 Erdkunde, Geschichte, Wirtschaft und Politik zum Fach Weltkunde, sowie die Vereinigung der Fä-
128 cher Biologie, Chemie und Physik zu dem einzelnen Fach Naturwissenschaften dar. Hier wird in
129 Zukunft ausschließlich eine oberflächliche Ausbildung stattfinden, ohne dass Schüler in die Tiefen
130 eines jeden Faches einsteigen können. Dramatische Auswirkungen hat dies nicht nur auf die Bil-
131 dung eines Schülers, sondern im Wesentlichen auch auf spätere Berufs- und Studienspezialisierung.
132 Weiterhin wird durch eine einseitige fachspezifische Ausbildung der Lehrer die Ausbildung der
133 Schüler in diesen Fächern gefährdet.

134

135 Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

136 die Einführung weiterer verpflichtender Ganztagschulen insbesondere an Sozialen Brennpunkten

137 eine geteilte Finanzierung zu je 50 Prozent der Ganztagschulen zwischen Land und Kommunen

138 die Aufstockung des Vertretungsfonds zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls

139 die Beibehaltung bzw. Wiedereinführung des konfessionsgebundenen Unterrichts

140 die Beibehaltung bzw. Wiedereinführung der Fächeraufteilung in den natur- und
141 gesellschaftswissenschaftlichen Schulfächern

142

143 **Der Lehrer als Kernzelle des Bildungssystems**

144 Die Junge Union Schleswig-Holstein versteht den Lehrerberuf als Keimzelle der schleswig-
145 holsteinischen Bildungslandschaft. Der Lehrer hat die Verantwortung für die Ausbildung und Ent-
146 wicklung von jungen Schleswig-Holsteinern. Daher ist der Lehrerberuf kein gewöhnlicher Beruf
147 sondern eine Berufung. Wir wünschen uns, dass Lehrer sich in diesem Geiste in ihre Schulen und
148 Aufgaben einbringen. Dabei halten wir es aber auch für selbstverständlich, dass der Lehrer für die-
149 se schwierige Aufgabe von der Gesellschaft Anerkennung und Respekt erfährt.

150

Weiterhin soll es eine schulartenbezogene Ausbildung von Lehrkräften in Schleswig-Holstein geben. Im Gegensatz zur aktuellen Landesregierung macht sich die Junge Union dafür stark, dass es in Kiel in Zukunft auch weiterhin einen Gymnasiallehrerstudiengang gibt und in Flensburg Grund- bzw. Regional- und Gemeinschaftsschullehrer ausgebildet werden. Um sicherzustellen, dass Lehramtskandidaten auch für den Beruf geeignet sind, soll nach dem ersten Semester eine verbindliche Eignungsprüfung durchgeführt werden. Die Prüfung soll nicht auf fachliche Aspekte abzielen, sondern die Persönlichkeit der Lehramtskandidaten im Fokus haben. Dies soll in Form eines 2-tägigen Assessment-Centers und eines mehrwöchigen Praktikums umgesetzt werden. Weiter sollte der pädagogische Anteil an der Gymnasiallehrausbildung erweitert werden.

Die Fortbildung sowohl für pädagogische als auch fachliche Themen soll in Zukunft für Lehrkräfte verbindlich gestaltet werden. Dabei sollen auch mehr Mittel für diese Angebote zur Verfügung bereitgestellt werden. Insbesondere sollen Schulungsangebote für Arbeitsorganisation und Medienkompetenz ausgeweitet werden. Es sollte ein landesweites EDV-System zur Erfassung und Dokumentation von Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte eingerichtet werden. Weiter sollte auch Quereinsteigern mit akademischer Vorbildung die Möglichkeit gegeben werden, den Lehrerberuf zu ergreifen. Auch hier sollen vor einer Beschäftigung als Lehrkraft Eignungsprüfungen durchgeführt werden.

Schleswig-Holstein verfügt als eines von wenigen Bundesländern seit der Abschaffung von EVIT nicht mehr über ein Qualitätskontrollsystem für Schulen. Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert dringend wieder ein überarbeitetes Kontrollsystem einzuführen. Dabei sollten insbesondere auch die Schüler in eine Evaluation eingebunden werden. Lehrer sollten über Schüler ein Feedback zur Qualität von Lehre und Organisation von Unterricht erhalten. Weiter sind nach dem Hamburger Modell Leistungsvereinbarungen zwischen der Schulverwaltung und den Schulen als Qualitätssicherungsmaßnahme aus Sicht der Jungen Union wünschenswert.

Auf lange Sicht wünscht sich die Junge Union die Einführung von Arbeitszeitkonten nach Hamburgermodell. Ebenso wünscht sich die Junge Union langfristig eine arbeitsorganisatorische Veränderung des Lehrerberufs. Dazu sollen feste Arbeitsplätze für alle Lehrkräfte an allen Schulen des Landes eingeführt werden und eine feste Arbeitszeit mit Anwesenheitspflicht für Lehrkräfte verbindlich werden. Insbesondere erhofft sich die Junge Union dadurch eine bessere Ansprechbarkeit von

183 Lehrkräften vor Ort und einen besseren Austausch des Kollegiums zu pädagogischen Themen an
184 den Schulen. Weiter sollen diese verbindlichen Arbeitszeiten und –räume gegen das Auftreten von
185 Berufskrankheiten, wie das Burnout, von Lehrkräften helfen.

186

187 Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- 188 • weiterhin eine schulartenbezogene Lehrerausbildung
- 189 • eine verbindliche Eignungsprüfung für angehende Lehrer nach dem ersten Semester
- 190 • Einführung eines Qualitätskontrollsystems an Schulen
- 191 • verbindliche pädagogische und fachliche Fortbildungen für Lehrkräfte
- 192 • ein landesweites EDV-System zur Erfassung und Dokumentation von Fort- und Weiterbil-
193 dung von Lehrkräften
- 194 • Quereinsteiger nach einer Eignungsprüfung im Lehrerberuf zulassen

195

196 Weiter fordert die Junge Union Schleswig-Holstein langfristig:

- 197 • eine Einführung von Arbeitszeitkonten für Lehrer nach Hamburger Vorbild
- 198 • Einführung von Arbeitszeitkonten nach dem Hamburger Vorbild
- 199 • feste Arbeitsplätze für Lehrer in den Schulen
- 200 • Einführung von Arbeitszeitkonten nach dem Hamburger Vorbild